



Niederschrift

4. Plenarsitzung des Gemeinderates
19. November 2019, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

20.

Punkt 20 der Tagesordnung: Potential der Sonnenenergie nutzen – Solaroffensiven in Karlsruhe!

Antrag: GRÜNE

Vorlage: 2019/0769

dazu:

Ergänzungsantrag: FW|FÜR

Vorlage: 2019/1178

Beschluss:

Weiterbehandlung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Der Vorsitzende setzt um 18:58 Uhr die unterbrochene Sitzung fort, ruft Tagesordnungspunkt 20 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Solarenergie ist die erneuerbare Energiequelle für die Stadt. Windenergie wird in Städten kaum genutzt werden können. Um also den Beitrag der erneuerbaren Energie zur Stromerzeugung in Karlsruhe deutlich und schnell steigern zu können, können wir nur jetzt eine Solaroffensive starten. Vielen Dank für die Stellungnahme. Dort wird darauf verwiesen, dass die angesprochenen Punkte des Antrags im Klimaschutzkonzept aufgegriffen werden. Das ist sehr erfreulich und auch notwendig. Ziel sei es, so heißt es in der Stellungnahme, die Stromversorgung aus Photovoltaik im Sinne des Antrags bis 2030 erheblich zu steigern. Aus unserer Sicht kommt es wesentlich auf die Geschwindigkeit an. Aus den Ergebnissen der Wissenschaft, aus dem Report des Weltklimarates wissen wir, dass wir nur noch sehr beschränkte Mengen an Klimagasen in die Atmosphäre ausstoßen dürfen. Überschreiten wir diese Menge, wird das 1,5 °C-Ziel bei der Erderwärmung nicht mehr zu halten sein. Dann fangen wir an, die Erde nur noch mehr zu

grillen. Es wird noch heißer und wir haben Kippunkte erreicht, von denen aus es kein Zurück mehr geben wird. Wir haben gesamt noch ein Emissionsbudget von ca. 10 Mal so viel wie wir aktuell pro Jahr verbrauchen. Wenn wir also nicht zügig etwas ändern, werden wir irgendwann die Emissionen spontan auf Null senken müssen. So wird Klimaschutz nicht funktionieren. Wir müssen also von heute an – und das jeden Tag von neuem – alle daran setzen, unsere Emissionen schnell und nachhaltig zu senken. So können wir dieses an sich schon kaum fassbare kleine Restbudget an Emissionen schonen. Das kleine Restbudget, von dem wir glauben, es sei gerade noch verantwortbar, es in die Atmosphäre auszustößen.

Die schnelle und konsequente Ausweitung der Nutzung der Solarenergie ist ein schnell erschließbares Potential zur Senkung der Treibhausgasemissionen. Immer, wenn eine Photovoltaikanlage Strom produziert, verdrängt sie fossil befeuerte Kraftwerke aus dem Markt. So können PV-Anlagen zur schnellen Senkung von Emissionen beitragen. So können wir das kleine Restbudget an dann vielleicht noch verträglichen Emissionen schonen. Deshalb bleiben wir zuversichtlich.

Wir GRÜNE sind gespannt auf die weiteren Maßnahmen, die im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes folgen werden. Gesamt gilt: Wir dürfen keine Zeit verlieren. Lassen Sie uns diesbezüglich weiter an einem Strang ziehen, und lassen Sie uns gemeinsam mit dieser Solaroffensive vorangehen. Wir freuen uns, wenn Sie uns heute zustimmen und wir dann im Frühjahr bei einem Klimaschutzkonzept noch einmal darüber sprechen. Zwischenzeitlich fänden wir es wichtig, dass wir im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit noch einmal die ideale Verknüpfung der Solaroffensive mit dem Klimaschutzkonzept besprechen und einige offene Fragen, die aus der Stellungnahme erwachsen sind, klären. Diese werden wir Ihnen schriftlich einreichen. Lassen Sie uns gemeinsam die Engpässe, die in der Beantwortung genannt sind, beseitigen und loslegen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Dieser Antrag ist voll des Eifers, den wir von den GRÜNEN gewohnt sind seit der Kommunalwahl. Es ist auch überhaupt nichts dagegen einzuwenden. Wenn nicht – darauf werden Sie jetzt warten – von Seiten der CDU der Hinweis kommt, dass das alles nicht revolutionär neu ist. Gott lob fängt die Stadtverwaltung nicht bei Null an, sondern wir waren uns im Klaren darüber, dass dieses Klimakonzept Karlsruhe jetzt einfach einmal neu geordnet, komprimiert zusammengefasst werden muss. Das ist eigentlich auch völlig gut so und hat immer in allen Stufen, weil Sie jetzt hier so tun, als ob Sie etwas erfunden hätten, die Zustimmung in Ausschüssen auch durch die CDU gefunden. So ist es nicht. Jetzt kommt dieser Geschwindigkeitsdruck, der von Ihnen aufgebaut wird. Aber auch in Ihrem Antrag sehen Sie, dass alles nicht so einfach ist, wie Sie tun. Es ist nicht nur Gas geben, sondern es ist zum Beispiel so, da muss ich Sie wörtlich zitieren: Vorschriften für Neu- und Umbauten sollten grundsätzlich nur mit Bedacht erlassen werden, um die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger nicht unnötig zu beschränken und insbesondere die Errichtung von Wohnraum nicht zu erschweren. Hier haben Sie einen ganz klassischen Konflikt selber aufgebaut, was völlig in Ordnung ist, dass Sie nicht nur immer Euphorie walten lassen. Sondern das sind so die Kleinigkeiten, die im Leben zu beachten sind. Zu Recht hat das auch Bedeutung in Ihrem Vortrag gefunden.

Zusammengefasst: Alles ist schon in irgendeiner Weise auf vernünftige Bahnen geraten. Niedrigstrommodelle, nur um das einmal anzuführen, von den Stadtwerken wie von der Volkswohnung. Wir sind unterwegs. Mitziehen, das ist richtig, deshalb sind wir auch voll

dabei, wenn Sie das so anpreisen. Aber für Alarmismus war nie Veranlassung und schon gar nicht für ein Notstandsgehabe, mit dem Sie diese ganze Entwicklung nicht fördern.

Stadtrat Huber (SPD): Dass wir es mit unserer sonnenreichen Lage in Karlsruhe quasi zur Pflicht gemacht haben, den Photovoltaikausbau zu fördern, ist selbstverständlich. Frau Fahringer hat gerade sehr schön ausgeführt, wie wichtig es ist, dass wir unsere Ziele erreichen und welche maßgebliche Rolle es bei uns in Karlsruhe spielt.

Wir sehen genauso die Schwierigkeiten, wie alle anderen. Wir sehen die privaten Geschosswohnungsbauten mit überwiegend Mietern. Wir sehen die Wohnungseigentümergeinschaften, die sich als kompliziert darstellen. Wir wissen aber auch, dass wir mit der KEG, mit den Stadtwerken, mit der VOWO viele Partnerinnen und Partner haben, die uns dabei unterstützen und für uns auch ganz wichtige Instrumente darstellen. Wir wissen auch, dass das Ganze eigentlich in ein Gesamtkonzept verpackt werden muss. Ich glaube, das ist ganz klar. Wir haben es eben schon richtig gehört, es ist auch aus einem Gesamtkonzept etwas vorweggegriffen. Wir haben das schon ausführlich diskutiert im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit. Wir haben es im Umweltschutzbeirat diskutiert. Und wir diskutieren es jetzt hier, um es dann wieder im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit zu diskutieren, bevor wir es dann noch einmal in ein Paket packen und wieder hierher bringen. Es ist ein bisschen vorweg gegriffen. Das finde ich persönlich vom Verfahren her etwas schwierig. Es ist jetzt auch keine Maßnahmen, die man von heute auf morgen beschließen kann, wo ich sage, das ist eine klassische Sofortmaßnahme. Die muss jetzt direkt umgesetzt werden. Das muss man jetzt vorweg greifen. Das ist jetzt hier nicht der Fall. Es ist eigentlich ein wesentlich komplexeres Problem, das auch einer wesentlich größeren Überlegung bedarf. Auf diesem Weg befinden wir uns. Das ist uns ganz wichtig. Wir sind als Fraktion der SPD immer dabei, konstruktiv mitzuwirken. Das haben wir bis jetzt gemacht. Das werden wir in Zukunft auch tun. Deswegen geben wir uns mit der Stellungnahme der Verwaltung hier voll und ganz zufrieden.

Stadtrat Høyem (FDP): Seit 2015 arbeite ich beruflich mit Sonnenenergie und Entwicklung in CO₂-freien Quartieren deutschlandweit. Die Entwicklung geht sehr schnell. Selbstverständlich haben die GRÜNEN Recht. Das muss man weiterentwickeln. Aber die Antwort der Verwaltung ist absolut in Ordnung. Wir müssen das als eine komplexe Masse sehen und nicht nur eine Energiequelle. Wir stimmen der Antwort der Verwaltung zu.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir halten auch die Vorlage der Verwaltung für ausreichend und glauben nicht, dass es sinnvoll ist, jetzt etwas daran zu ändern. Aber ich muss noch auf ein, zwei Dinge eingehen, die Sie gesagt haben, Frau Fahringer, weil sie einfach nicht stimmen.

Photovoltaik erzeugt den Strom immer dann, wenn die Sonne hoch steht. Das ist in der Regel mittags der Fall. Morgens und abends wird weniger erzeugt, nach gar nichts. Wenn Wolken ziehen, wird auch nur sehr wenig erzeugt. Es ist also keine zuverlässige Stromquelle, sondern eine, die immer variiert. Das bedeutet, dass sie nicht grundlastfähig ist, sondern dass die Grundlast anderweitig zustande kommen muss. Das ist bei uns im Moment noch durch Kohlekraftwerke, zum Teil auch durch Wasserkraft. Es ist aber nicht so, wie Sie gesagt haben, dass man in dem Moment, wo Photovoltaik dazu kommt, das Kohlekraftwerk herunterfährt. Das ist einfach falsch. Denn das Kohlekraftwerk kann man nicht so schnell herunterfahren. Kohlekraftwerke sind auf einen hohen Wirkungsgrad getrimmt. Das be-

deutet, dass sie mit sehr hohen Dampftemperaturen arbeiten. Sie arbeiten bei sehr hohen Temperaturen. Runter- und hochfahren bedeutet Wärmeausdehnung. Es geht nicht so schnell, weil man sonst das Material überlasten würde. Dann hätte man ganz andere Probleme. Deswegen kann man die Grundlast nicht schnell hoch- und runterfahren.

Was wir in Deutschland machen, um den zusätzlichen Ökostrom an Wind und an Solar loszuwerden, ist, wir verschenken ihn ins Ausland. Unser Erneuerbare-Energien-Gesetz ist so gestrickt, dass dieser Strom vorrangig abgenommen werden muss. Wenn die Grundlastkraftwerke nicht hoch- und heruntergefahren werden können, bezahlen wir sogar dem Ausland Geld dafür, dass es unseren Strom abnimmt. Das ist die Realität unserer Energiewende. Die Photovoltaik hat in Bezug auf die lokalen Netze bei uns in Karlsruhe noch das Problem, dass durch den Wolkenzug die Energieerzeugung stark schwankt. Insbesondere bei den Dächern, die in Richtung Sonne ausgerichtet sind. Deswegen ist man in der Vergangenheit auch dazu übergegangen, andere Ausrichtungen zu wählen, um das ganze etwas besser zu verteilen. Wir hoffen, dass diese technischen Aspekte berücksichtigt werden beim weiteren Ausbau der Photovoltaik, den wir als AfD hier in Karlsruhe sicher nicht aufhalten werden.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Wir können vieles, was die Kollegin Fahringer geschildert hat, und vieles, was in dem Antrag steht, absolut nachvollziehen und mitgehen. Nur irritiert es uns dann schon ein wenig, was der Zeitpunkt ist. Es ist uns noch nicht ganz verständlich, warum man jetzt den Antrag stellt. Ich finde, das hat der Kollege Huber relativ gut ausgearbeitet gehabt. Wir haben den Klimaaktionsplan, der kommt und wo jeder weiß, dass er kommen wird. Es gibt die Debatte in den Ausschüssen. Ich glaube auch nicht, dass die GRÜNEN jetzt für die Umweltbürgermeisterin sprechen. Irgendwie wirkt das für mich eher wie ein Profilierungsversuch und nicht wie eine ernstzunehmende Debatte. Denn sonst hätte man es wie viele andere Fraktionen machen können, warten, bis der Klimaaktionsplan kommt und dann darauf basierend die Debatte führen. Das fände ich an der Stelle auch den richtigen Weg.

Explizit danken möchte ich für den Beitrag Freien Wählern/FÜR Karlsruhe danken, der eine sinnvolle Ergänzung war, auch wenn er schon berücksichtigt wird, wie wir mit den Bürgerenergiegenossenschaften umgehen. Da würden wir auch sagen, man kann sich überlegen, ob wir nicht sogar weitergehen und sagen, bekommen wir nicht ein Modell hin, dass wir teilweise kostenlos städtische Flächen überlassen und so ein Modell fahren, um Investitionen schneller abzubauen und schneller in der Energieversorgung durch Photovoltaik voranzukommen. Ich finde, es wäre dann auch eine schöne Debatte im Rahmen des Klimaaktionsplans zu führen. Deshalb ist für uns durch die Antwort der Verwaltung der Antrag erledigt. Wir danken trotzdem für die Info der GRÜNEN, dieses Thema noch einmal voranzutreiben, und freuen uns darauf, wenn der Klimaaktionsplan kommt, die Debatte zu führen.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Wir haben den Klimanotstand nicht ausgerufen. Aber wir haben damals gesagt, wir sollten eine Klimaaktionsstadt sein. Wir wollen keine Panik schüren, sondern wir wollen Aktionen haben, die sinnvoll und der Situation angemessen sind. Es geht schon um eine Dringlichkeit. Es geht auch um eine angemessene Eile. Aber nicht um Hektik. Das würde ich jetzt dem Antrag auch nicht unterstellen, in keiner Weise. Es ist einfach angemessen, jetzt zügig voranzugehen. Ich würde auch sagen, dieser Antrag zeigt noch einmal das politische Gewicht, dass wir an den Themen dran sind und dass es in der Öffentlichkeit auch ankommt. Die Verwaltung schätzt es auch, wenn wir sagen, da sind

wir dran. Wenn Sie auch dran sind, freuen Sie sich auch, dass wir auf derselben Wellenlänge sind.

Sonnenenergie ist in der Tat die beste Energie und die, die am meisten zur Verfügung steht. Windenergie wird im Klimawandel schwächer werden. Das wissen Sie alle. Windenergie wird sehr viel weniger Potentiale entwickeln können, im Gegensatz zur Solarenergie. Deswegen ist hier eine Solaroffensive genau das richtige Wort dafür und auch physikalisch sinnvoll und richtig angebracht.

Diese Bürgerbeteiligung, Bürgerenergiegenossenschaft ist ganz wichtig, wenn wir Menschen mitnehmen wollen, sie beteiligen. Da wird die Akzeptanz deutlich größer und es wird einfach für sie ein Win-Win-Effekt. Es ist gut für das Klima. Es ist gut für die Kasse. Es ist für alle Seiten gut. Deswegen war uns mit diesem Ergänzungsantrag wichtig, das mit hineinzubringen. Wenn es schon angedacht ist von der Verwaltung, freuen wir uns auch. Wenn es denn wirklich kommt und umgesetzt wird, ist die Freude noch größer.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Vielleicht noch ein kurzes Wort zum Änderungsantrag. Das bürgerschaftliche Engagement unterstützen wir. Wir freuen uns, dass es auch mitgeprüft und mitgedacht werden wird.

Eine kleine Sache sehen wir in diesem Änderungsantrag kritisch. Das ist dieses vorrangige Zurverfügungstellen von Flächen. Da haben wir in der Vergangenheit mit den Windkraftauktionen nicht so gute Erfahrungen gemacht. Deswegen würden wir diesen Teil streichen und in diesem Fall mit dieser Formulierung wegen diesem Detail nicht mit diesem Änderungsantrag mitgehen. Aber die Grundtendenz begrüßen wir sehr.

Der Vorsitzende: Am 26. November wird das erste Mal unser Klimaaktionsplan im AUG behandelt, am 29. November mit der Bürgerschaft diskutiert und anschließend geht es in die weitere Beratungsfolge. Wir werden alle diese Anregungen dort aufnehmen. Sie können dann dort schauen, ob es ausreichend gewürdigt wird. Ist das für Sie so in Ordnung?

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Wir sind damit nicht einverstanden, weil wir mit dem Zeitablauf nicht einverstanden sind, weil es uns einfach drängt. Wir haben den Antrag schon im Sommer eingereicht. Deswegen möchten wir den heute abstimmen.

Der Vorsitzende: Dass Sie ihn abstimmen wollen, habe ich jetzt verstanden. Jetzt muss ich klären, ob ich ihn zur Vorberatung noch einmal verweisen kann. Ich verweise das in den AUG. Der ist in einer Woche. Das werden Sie noch aushalten. Dann klären Sie, ob das da ausreichend berücksichtigt ist. Ich würde das für beide Anträge machen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin: